



Europa braucht eine Perspektive

Beschluss des Bundeskongresses vom 28.10.2012

Die Europa-Union Deutschland will gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern dafür sorgen, dass aus der krisenhaften Situation der letzten Monate für die Weiterentwicklung des europäischen Integrationsprojektes die richtigen Schlüsse gezogen werden. Dabei stehen folgende Forderungen im Vordergrund:

1. Die Europa-Union ruft das Europäische Parlament, die europäischen Regierungen und die Europäische Kommission zur Erarbeitung von Vorschlägen zur Änderung der Europäischen Verträge auf, um die EU zu einer Politischen Union weiterzuentwickeln und ihre Demokratisierung zu fördern. Für die Beratung und den Beschluss dieser Änderungen wird ein europäischer Konvent einberufen.
2. Die Europa-Union fordert Bundestag und Bundesrat dazu auf, die rechtlichen Grundlagen für weitere europäische Integrationsschritte zu nutzen und weiterzuentwickeln und die Bürgerinnen und Bürger an diesem Prozess konstitutiv – ggf. auch durch ein Referendum – zu beteiligen.
3. Die Europa-Union fordert die nationalen politischen Parteien der EU-Mitgliedstaaten dazu auf, den Prozess der europäischen Parteienbildung zu forcieren und als ersten Schritt für die Europawahlen 2014 Spitzenkandidaten und -kandidatinnen zu nominieren, die als Folge des Wahlergebnisses die Präsidentschaft der Europäischen Kommission im demokratischen Wettbewerb für sich beanspruchen oder, wenn sie in den Wahlen unterliegen, für die Spitze ihrer jeweiligen Fraktion im Europäischen Parlament kandidieren.
4. Die Europa-Union spricht sich für eine partnerschaftliche Wahrnehmung von Regierungsverantwortung auf lokaler, regionaler, einzelstaatlicher und europäischer Ebene aus. Insbesondere appelliert sie an die Parlamente der EU-Mitgliedstaaten, ihre europapolitische Verantwortung gemeinsam mit dem Europäischen Parlament im Sinne eines europäischen Parlamentsverbunds auszubauen.
5. Die Europa-Union fordert die europäischen Regierungen und Parlamente dazu auf, die Lösung der europäischen Schuldenfrage in einem gesamteuropäischen Ansatz unter Koordinierung ihrer Wirtschafts-, Finanz-, Sozial- und Haushaltspolitik zu suchen und die Unabhängigkeit der Europäischen Zentralbank zu respektieren.



6. Die Europa-Union fordert von den Regierungen und den Parlamenten der EU-Mitgliedstaaten sowie den EU-Organen, für eine wirksame europäische Kontrolle der Finanzinstitute Sorge zu tragen und Systemrisiken auf diese Weise zu minimieren.
7. Die Europa-Union appelliert an die öffentlich-rechtlichen und privaten Medien, ihre europapolitische Verantwortung wahrzunehmen, indem sie Nachrichtensendungen wie *heute in Europa* im Sendezyklus besser platzieren und mit deutlich mehr Mitteln ausstatten, um sie attraktiver für die politisch interessierte Öffentlichkeit zu machen; insbesondere muss auch auf europäischer Ebene dafür Sorge getragen werden, dass Sendungen wie *euronews* oder geeignete Alternativen nachhaltig gestärkt werden.
8. Die Europa-Union fordert die Politikerinnen und Politiker auf allen Ebenen auf, in einen intensiveren Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern über politische Fragen im Allgemeinen und europäische Themen im Besonderen einzutreten. Hierfür bietet sich die überparteiliche Europa-Union auf allen Ebenen auch als Dialog- und Veranstaltungspartner an.
9. Die Europa-Union fordert eine bessere Förderung des bürgerschaftlichen Engagements für Europa durch die politischen Institutionen auf allen staatlichen Ebenen sowie insbesondere auch durch die Landeszentralen und die Bundeszentrale für politische Bildung, um die Herausbildung einer gemeinsamen, von den Unionsbürgerinnen und -bürgern getragene europäischen Identität zu fördern.
10. Die Europa-Union fordert mehr Investitionen in Bildung und Ausbildung, insbesondere auch in europäische Bildungs-, Sprachenerwerbs- und Austauschprogramme für Schülerinnen und Schüler, Studentinnen und Studenten sowie die Auszubildenden in den Betrieben, damit eine neue Generation von Europäerinnen und Europäern besser miteinander kommunizieren und so eine echte europäische Gesellschaft und Öffentlichkeit heranwachsen kann.

Das Präsidium wird mit entsprechenden Maßnahmen zur Durchsetzung dieser Forderungen beitragen.



europa-union deutschland
Mitwirken am Europa der Bürger

Unionsbürgerwahlrecht

Beschluss des Bundeskongresses vom 28.10.2012

Die Europa-Union fordert die im Bundestag vertretenen Parteien auf, gemeinsam mit dem Bundesrat durch eine Grundgesetzänderung die Wirkungsmöglichkeiten der seit zwanzig Jahren bestehenden Unionsbürgerschaft deutlich zu verbessern.

So sollte u.a. Art. 28 Abs. 1 Satz 3 GG künftig lauten: "Bei Wahlen in den Ländern, Kreisen und Gemeinden sind auch Personen, die die Staatsangehörigkeit eines Mitgliedstaates der Europäischen Union besitzen, wahlberechtigt und wählbar."

Die Bundesregierung, Bundesrat und Bundestag werden gebeten, bei der evtl. anstehenden Nachbesserung des Lissabonner Vertrages auch die entsprechenden Artikel des AEUV und der Grundrechtecharta um die regionalen Wahlmöglichkeiten zu erweitern.

Die Landtage und Landesregierungen werden aufgefordert, im Europäischen Jahr der Unionsbürgerschaft ihre jeweiligen Landesverfassungen auf Möglichkeiten der „Europäisierung“ (u.a. durch Erweiterung des Wahlrechtes zu den Landtagen für Unionsbürger/innen) zu überprüfen.

Wir fordern unsere europäischen Partnerorganisationen auf, in gleicher Weise diese Ziele zu verfolgen.



Gegen Grenzkontrollen im Schengen-Raum

Beschluss des Bundeskongresses vom 28.10.2012

Die Europa-Union Deutschland betont aus aktuellem Anlass, dass die Schengener Verträge eine der größten Errungenschaften des europäischen Einigungsprozesses sind: Offene Grenzen zwischen den europäischen Staaten sind Ausdruck einer Mentalität, die Freiheit und „Einheit in Vielfalt“ real spürbar machen. Es ist uns zur angenehmen Gewohnheit geworden, völlig unkompliziert die verschiedensten Grenzen zu passieren. Doch nicht nur der rein pragmatische Vorteil, den uns die Schengener Verträge brachten und bringen, sondern auch ihre ideelle Botschaft müssen sowohl für die Politikerinnen und Politiker als auch für die Bürgerinnen und Bürger im Schengen-Raum von höchster Priorität sein – schwinden doch mit den Grenzfeilern auch die Schranken in den Köpfen der Menschen.

Es kann daher nicht einfach hingenommen werden, dass in verschiedenen Staaten des Schengen-Raums Strömungen an Gewicht gewinnen, die entgegen der gegenwärtigen Verträge für die zeitweise Wiedereinführung von Grenzkontrollen plädieren und diese im letzten Jahr – wie im Falle Dänemarks – gar durchgesetzt haben. Besorgniserregend sind besonders die jüngsten konkreten Bestrebungen im Rat der Europäischen Union. Ängste und Befürchtungen der Bürgerinnen und Bürger werden heraufbeschworen und instrumentalisiert. Dadurch drohen lang erkämpfte Errungenschaften mit einem Schlag verloren zu gehen. Die Europa-Union Deutschland sieht in Plänen, Grenzkontrollen umfassender als bisher und zudem auf nationalstaatlicher Entscheidungsgrundlage fußend durchzuführen, eine massive Einschränkung des Personen- und Warenverkehrs und der Freizügigkeit der Unionsbürgerinnen und -bürger.

Indes gehen die jüngsten Beratungen des Ausschusses für Bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres des Europäischen Parlaments den richtigen Weg. Vorgeschlagen wird eine Vergemeinschaftung des Asylrechts, um die Situation zu entschärfen. Die Europa-Union Deutschland fordert daher das Europäische Parlament genauso wie die Bundesregierung auf, Vorschläge, die in diese Richtung gehen, zu unterstützen und so zur Lösung des Problems beizutragen. Die Europa-Union steht seit jeher für ein vereintes Europa, dessen Werte von dem Bestreben nach Gleichheit und Freiheit aller Bürgerinnen und Bürger geprägt sind und das überdies universelle Menschenrechte nicht nur leere Worthülsen sein lässt. Dies zeigt sich nicht zuletzt in der Möglichkeit, ohne Grenzkontrollen und Visapflicht in andere Länder reisen zu können. Der vertraglich geregelte, weitreichende Verzicht auf Grenzkontrollen darf deshalb, einmal erreicht, nicht aufgegeben werden.



europa-union deutschland
Mitwirken am Europa der Bürger

Gegen Rechtspopulismus

Beschluss des Bundeskongresses vom 28.10.2012

Rechtspopulismus entwickelt sich zunehmend zu einer Gefahr für unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung und damit auch für den europäischen Einigungsprozess. Rechtspopulistische Parteien, Gruppierungen und Personen überall in Europa greifen eine allgemeine wirtschaftliche, soziale und politische Unsicherheit in der Bevölkerung auf, um auf Kosten europäischer Politik ihre eigenen Interessen zu verfolgen. Rechtspopulistische Themen und Meinungen haben jedoch schon lange auch in der „Mitte“ unserer Gesellschaft Einzug gehalten. Dazu bezieht die Europa-Union Deutschland als pro-europäische Organisation Stellung.

Die Europa-Union Deutschland unterstützt die Forderung nach einer Reform der europäischen Entscheidungsprozesse und ruft pro-europäische Parteien auf, dies konstruktiv und zeitnah zu diskutieren. Nur so kann rechtspopulistischen Parteien der Boden für ihre Argumente, was die vermeintliche Bevormundung nationaler Angelegenheiten durch die Europäische Union angeht, entzogen werden.

Die Europa-Union Deutschland arbeitet aktiv gegen die Verbreitung rechtspopulistischen Gedankenguts. Durch Aufklärung und Diskussionen wollen wir aktiv gegen rechtspopulistische Entwicklungen vorgehen, gegen eine Abstumpfung der Gesellschaft gegenüber diesen Entwicklungen wirken und eine breite Auseinandersetzung über die Zukunft Europas fördern. Populistischen Argumenten muss mit inhaltlichen Auseinandersetzungen begegnet werden.



Flüchtlings- und Asylpolitik

Beschluss des Bundeskongresses vom 28.10.2012

Die Europa-Union Deutschland setzt sich dafür ein:

1. Die derzeitige Ausgestaltung der europäischen Flüchtlingspolitik muss grundlegend überdacht werden. Eine „Festung Europa“ ist nicht hinnehmbar. Insbesondere sind die Bestimmungen der Genfer Flüchtlingskonvention und der UN-Kinderrechtskonvention zu achten.
2. Die europäische Flüchtlingspolitik muss von Solidarität getragen werden: Einzelne Mitgliedstaaten dürfen nicht mit den Problemen, die durch Migration entstehen können, allein gelassen werden. Die finanzielle, logistische und administrative Last ist zu teilen. Alle Länder der Europäischen Union müssen – in Abhängigkeit ihrer Kapazitäten – Flüchtlinge aufnehmen. Dies heißt auch, dass das Dublin II-Abkommen grundsätzlich modifiziert werden muss.
3. Die Kompetenzen, Verantwortlichkeiten und das Budget der EU-Grenzschutzagentur Frontex müssen klargestellt und durch das Europäische Parlament kontrolliert werden.
4. Die vertraglich vorgesehene gemeinsame Europäische Asylpolitik (Vgl.: Art. 78 AEUV) muss entwickelt und umgesetzt werden. Asylanträge müssen in einer angemessenen Frist bearbeitet werden – unabhängig vom Mitgliedstaat, in dem diese eingebracht werden.
5. Die Zusammenarbeit zwischen den Regierungen der Länder, aus denen Menschen flüchten, und der EU muss sich an den Bedürfnissen der Flüchtlinge orientieren. Die Politik gegenüber diesen Ländern muss kohärent sein. Zudem sollen zivilgesellschaftliche Organisationen mit einbezogen werden. Insbesondere soll die Achtung der Menschenrechte und die Konzeption einer effektiven entwicklungspolitischen Strategie im Mittelpunkt stehen.
6. Die schulische und soziale Betreuung von Kindern und Jugendlichen von Asylbewerbern soll in besonderem Maße gefördert werden.



europa-union deutschland
Mitwirken am Europa der Bürger

Europäischer Wettbewerb

Beschluss des Bundeskongresses vom 28.10.2012

Der von der Kultusministerkonferenz empfohlene Europäische Wettbewerb begeht in diesem Schuljahr sein 60-jähriges Jubiläum. Die bisherigen Teilnehmerzahlen belegen seine Wirksamkeit bei der Förderung des Wissens über und des Verständnisses für die europäische Integration in der jungen Generation. Deshalb bittet der Bundeskongress der Europa-Union Deutschland alle Landes- und Kreisverbände, die Parlamentariergruppen in Bundestag und Europäischem Parlament sowie den EUD-Verband Brüssel, den Europäischen Wettbewerb auch in Zukunft aktiv zu unterstützen. Beispiele verschiedener Landesverbände zeigen, dass dabei der Aufbau dauerhafter Strukturen hilfreich ist.

Der Europäische Wettbewerb gewinnt an Attraktivität, wenn für die Beteiligten der emotionale Erlebnisraum über die nationalen Grenzen hinaus auf ganz Europa ausgedehnt würde. Daher bittet die Europa-Union Deutschland die Europäische Bewegung Deutschland als deutscher Träger sowie die Union Europäischer Föderalisten und die Internationale Europäische Bewegung darauf hinzuwirken, dass der Europäische Wettbewerb zu vergleichbaren Bedingungen in den europäischen Staaten wieder belebt wird.

Die Kultusministerien der Bundesländer, in denen Europaschulen bestehen, werden gebeten, die stete Beteiligung am Europäischen Wettbewerb als eine Zertifizierungsbedingung festzulegen.



europa-union deutschland
Mitwirken am Europa der Bürger

Gemeinsamer gesetzlicher Europafeiertag in den Mitgliedsländern der EU

Beschluss des Bundeskongresses vom 28.10.2012

Die Europa-Union Deutschland möge im Rahmen der Union Europäischer Föderalisten (UEF) darauf hinwirken, dass EU-weit ein gemeinsamer gesetzlicher Europafeiertag eingeführt wird.

Nach einem Beschluss auf dem EUD Bundeskongress 2012, die UEF für diese Idee zu gewinnen, sollte eine entsprechende Kampagne im Jahr 2013 beginnen. Ziel kann eine Beschlussfassung der nationalen Parlamente mit Unterstützung durch das Europäische Parlament im Jahr 2014 sein.

Die Europa-Union plädiert für den 9. Mai als gemeinsamen gesetzlichen Europafeiertag. Die Frage nach dem Datum dieses Feiertags ist ebenso Teil des Prozesses zur Etablierung eines gemeinsamen Gesetzlichen Europafeiertags, wie ein gemeinsamer Gesetzlicher Europafeiertag Teil des Prozesses zur Etablierung einer Europäischen Identität bei den Bürgerinnen und Bürger ist.



europa-union deutschland
Mitwirken am Europa der Bürger

Europahymne

Beschluss des Bundeskongresses vom 28.10.2012

Die Europa-Union Deutschland bittet die Bundesorgane und die Landesregierungen, bei offiziellen Anlässen die Nationalhymne zusammen mit der Europahymne spielen zu lassen.



europa-union deutschland

Mitwirken am Europa der Bürger

Ständiger Sitz der EU im UN-Sicherheitsrat

Beschluss des Bundeskongresses vom 28.10.2012

Die Europa-Union fordert im Rahmen einer Reform des UN-Sicherheitsrates einen ständigen Sitz der Europäischen Union im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen. Dies schließt gleichzeitig die Bereitschaft aller EU-Staaten ein, erforderlichenfalls auf einen eigenen Sitz im Sicherheitsrat zu verzichten.



europa-union deutschland

Mitwirken am Europa der Bürger

Europäische Ratingagentur

Beschluss des Bundeskongresses vom 28.10.2012

Die Europa-Union Deutschland unterstützt die Initiative zur Gründung einer unabhängigen Europäischen Ratingagentur.